

Dr. Inge Gräßle MdEP
Europäisches Parlament
Altiero Spinelli 15 E 130
Rue Wiertz B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-2847868
Fax.: 0032-2-2849868
27.12.2006

Pressemitteilung

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien

rufen EU-Gelder wegen mangelnder Verwaltungsstrukturen nicht ab

Die neuen EU-Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien können die bereitgestellten EU-Gelder nicht abrufen. "Wegen mangelnder Verwaltungsstrukturen schaffen sie es nicht, die Gelder zu verbrauchen", stellt Europaabgeordnete und Haushaltskontrolleurin Inge Gräßle fest. Im Jahr 2005 standen für Rumänien und Bulgarien zusammen 738 Mio. Euro bereit. Bis Ende 2006 waren davon lediglich knapp 20% ausgegeben; im Jahr 2006 standen mit 714,7 Mio. Euro von Anfang an sogar weniger Geld bereit; bisher wurde davon gar nichts (0 Euro) ausgegeben. Das geht aus einer Antwort der EU-Kommission auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten hervor.

"Es reicht offensichtlich nicht aus, Geld in diese Länder zu pumpen mit englischen Gebrauchsanweisungen, wie es ausgegeben werden darf. Wir müssen konkreter dafür sorgen, dass damit auch die richtigen Strukturen aufgebaut werden", so Gräßle. Sie erinnert daran, dass seit 1990 in beide Staaten 3,09 Mrd. Euro an Vorbeitrittshilfen geflossen sind. "Das Überschätzen der Verwaltungskapazitäten der beiden Länder führt dazu, dass das inzwischen riesige Wohlstandsgefälle in der EU sehr lange fortbesteht", fürchtet die Europaparlamentarierin.

Rumänien und Bulgarien sind die bisher ärmsten Staaten, die in die Europäische Union aufgenommen wurden. Rumänien verfügt über 19,8% des durchschnittlichen Wohlstands der EU-25-Länder, Bulgarien über 5,3%. In Kaufkraft pro Kopf stehen jedem Rumänen 35,8% und jedem Bulgaren 35,5% der durchschnittlichen Kaufkraft der EU-25-Bürger zur Verfügung.

Infos: Dr. Inge Gräßle MdEP, Tel. 0049-7367-919124